

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 ppbn d

Inhalt

Volker Hauff MdB, Bundesminister für Forschung und Technologie, unterstreicht die führende Stellung der Bundesrepublik in der Forschungsförderung Europas: Unverzichtbare Grundlage.
Seite 1/2

Uwe Holtz MdB begrüßt die Vorlage des 4. Entwicklungspolitischen Berichts der Bundesregierung: Orientiert an der Solidarität mit den Benachteiligten.
Seite 3

Rainer Silkenbeumer MdL (Hannover) fordert den Rücktritt von Wissenschaftsminister Pestel: Gesamthochschule Lüneburg - zerplatzt eine schillernde Seifenblase?
Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / ^{11?} 12 / 16. Januar 1980

Unverzichtbare Grundlage

Die Bundesrepublik führt in der Forschungsförderung

Von Volker Hauff MdB
Bundesminister für Forschung und Technologie

Die Forschungspolitik der Bundesregierung hat der Erweiterung und Vertiefung des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes durch eine breite Grundlagenforschung stets einen besonders hohen Stellenwert eingeräumt. Sie sieht in der Grundlagenforschung eine unverzichtbare Grundlage sowohl für unsere technischen Kenntnisse als auch - das steht gleichbedeutend daneben - für das Verständnis sozialer, kultureller und politischer Vorgänge. Grundlagenforschung trägt aber auch dazu bei, das Bild des Menschen von sich selbst und der Welt, in der er lebt, zu erweitern. Wissenschaftliches Erkenntnisstreben muß sich, wenn die Themen definiert sind, frei, das heißt nur nach wissenschaftsimmanenten Maßstäben, entfalten können. Diese Gedanken aus dem Bundesforschungsbericht VI, den die Bundesregierung kürzlich dem Parlament vorgelegt hat, treffen den Kern der Politik der Bundesregierung im Bereich der Grundlagenforschung.

Die Ausgaben des Bundes für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung, insbesondere für die Grundlagenforschung, sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und



sollen sich bis 1981 auf zwei Milliarden DM erhöhen. Ihr Anteil an den insgesamt erheblich gestiegenen Gesamtausgaben des Bundes für die Forschung liegt konstant bei etwa 20 Prozent.

Im Vergleich mit anderen EG-Ländern nimmt die Bundesrepublik Deutschland bei der "allgemeinen Forschungsförderung" den ersten Platz ein. 43 Prozent der staatlichen (Bund und Länder) Forschungs- und Entwicklungsausgaben entfallen bei uns auf diese nicht bestimmten Zielbereichen zurechenbare Kategorie (in Frankreich 24 Prozent, in Großbritannien 20 Prozent).

Schon angesichts dieser Zahlen halte ich den Vorwurf von CDU/CSU, die Bundesregierung vernachlässige die Grundlagenforschung, für ungerechtfertigt. Auch die Behauptung, daß das Ausmaß der staatlichen Forschungsförderung in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit wichtigen Industrieländern zurückbleibe, ist unzutreffend. Im Rahmen der EG erreichten die staatlichen, zivilen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Bundesrepublik Deutschland - nach Irland und fast gleichauf mit den Niederlanden - zwischen 1970 und 1977 mit durchschnittlich 4,4 Prozent real die höchsten Steigerungsraten.

Auch wenn man die Aufwendungen der Wirtschaft dazu nimmt, steht die Bundesrepublik Deutschland gut da. Nach den für die OECD geltenden statistischen Abgrenzungen lag das gesamte Forschungs- und Entwicklungs-Budget der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1971 und 1977 ziemlich konstant bei einem Anteil von 2,2 Prozent am Bruttoinlandsprodukt.
(-/16.1.1980/bgy/ca)

+ + +



Orientiert an der Solidarität mit den Benachteiligten

Zur Vorlage des 4. Entwicklungspolitischen Berichts der Bundesregierung

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die sorgfältige Beratung des 3. Entwicklungspolitischen Berichtes der Bundesregierung im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat ihre Früchte getragen. Insbesondere der Wunsch nach verbesserter Darstellung der Schwierigkeiten und Fehlerquellen der Entwicklungspolitik, der Differenzen und Streitpunkte im Nord-Süd-Dialog sowie der daraus zu ziehenden Folgerungen hat seinen Niederschlag in einem mehr kritikorientierten und weniger zum Hang nach Harmonie neigenden Bericht niedergeschlagen, der die vielfältigen Probleme deutlich macht, die unseren Aktivitäten in der Dritten Welt entgegenstehen. Südpolitik und Entwicklungspolitik sind einsichtiger gemacht, und der Opposition wird es schwerer fallen, jedes Sandkorn im Getriebe der Entwicklungspolitik der Regierung und den ausführenden Organisationen anlasten zu können.

Die Konkretisierung der Interessenverflechtungen zwischen Nord und Süd im 4. Bericht der Bundesregierung verdient unser hohes Lob. Wichtige Anregungen dazu sind aus dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit gekommen, dessen Anhörung über die Nord-Süd-Verflechtung vom April 1979 bedeutsame Anstöße für die Weiterführung unserer Politik gegeben hat. Nur so kann nachdrücklich dargestellt werden, warum die Belange der Dritten Welt jeden bei uns angehen, ohne daß neben den Gemeinsamkeiten der materiellen Interessen das gemeinsame existentielle Interesse der Menschheit am Weltfrieden und die Orientierung unserer Süd-Politik an unserer Solidarität mit den Benachteiligten vernachlässigt werden.

Der Bundesregierung ist ausdrücklich für diesen Bericht zu danken. Für ihn gilt ganz besonders, was der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 27. November 1979 über das Instrumentarium dieser Form der Information gesagt hat: Er ist "ein wichtiges Mittel zur Unterrichtung von Parlament und Öffentlichkeit über und zur politischen Willensbildung in diesem immer bedeutsamer werdenden Bereich der Politik."

(~/16.1.1980/ks/ca)



Täuschung oder Selbsttäuschung?

Gesamthochschule Lüneburg - zerplatzt eine schillernde Seifenblase?

Von Rainer Silkenbeumer MdL

Mitglied des Ausschusses Wissenschaft und Kunst des niedersächsischen Landtages

Seit zehn Jahren ist die Gründung einer Gesamthochschule Lüneburg Dauerthema in Niedersachsen. Am 23. Januar steht dazu eine für alle bedeutsame Entscheidung des Wissenschaftsrates an.

Bereits im Jahre 1969 hatte der CDU-Kultusminister Langeheine sich für die Gründung einer Universität im Raum Lüneburg-Uelzen stark gemacht, sein SPD-Kollege von Oertzen rief 1972 die Integrationskommission ins Leben und im Auftrag des nachfolgenden SPD-Wissenschaftsministers Grolle arbeitete eine Planungskommission seit 1975 an dem Konzept einer Gesamthochschule.

Zur Zeit der CDU-Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Ernst Albrecht sah es 1976 dann nach einem Stop für jede weitere Hochschulentwicklung in Lüneburg aus. Dank der FDP, die sich in den Koalitionsverhandlungen durchsetzte, sagte Albrecht in seiner Regierungserklärung Ende 1977 einen Modellversuch mit einer Gesamthochschule in Lüneburg zu. Genannt wurde eine Zielzahl von 4.150 Studienplätzen für die Einheit aus der Hochschule Lüneburg (ehemalige Abteilung der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen) und der Fachhochschule Nordostniedersachsen (Bau in Buxtehude und Wasserbau in Suderburg bei Uelzen). Für das Frühjahr 1979 wurde das Errichtungsgesetz versprochen.

Doch seit dem Ausscheiden der FDP aus dem Parlament im Juni 1978 ist die Gründung einer Gesamthochschule von der CDU nur noch halbherzig und schieppend verfolgt worden. So ergriff die SPD-Landtagsfraktion im März 1979 die Initiative und legte einen eigenen Gesetzentwurf zur Errichtung der Universität Lüneburg - Gesamthochschule - vor, begleitet von einem Entschließungsantrag, der die CDU-Landesregierung aufforderte, unverzüglich alle zur Durchführung des Modellversuchs erforderlichen organisatorischen, baulichen und personellen Maßnahmen zu treffen.

Für die SPD ist die Gründung notwendig, um die erforderliche Versorgung von Nordostniedersachsen mit attraktiven Studienplätzen zu sichern und das strukturschwache Zonenrandgebiet nachhaltig zu stärken. Denn aus dem Regierungsbezirk Lüneburg kommen 25 Prozent aller niedersächsischen Studienberechtigten, aber in der Region werden nur zwei Prozent der niedersächsischen Studienplätze angeboten. Zudem fordert das Niedersächsische Hochschulgesetz, in Lüneburg den Modellversuch einer Gesamthochschule durchzuführen, so daß der einzige Modellversuch damit einen besonderen Rang für die weitere Entwicklung des Hochschulwesens in Niedersachsen besitzt.

Mitte Juni 1979 legte die CDU-Landesregierung endlich ihren Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Gesamthochschule Lüneburg vor. Wissenschaftsminister Pestel legt Wert darauf, nun als Vater des ersten offiziellen Gesetzentwurfs einer niedersächsischen Landesregierung zu gelten. Er beliebt der SPD-Opposition vorzuwerfen, nur Worte zu machen. Man muß sich aber fragen, wer hier Worte macht. Mit der Vorlage des Gesetzentwurfs erfolgte jetzt das böse Erwachen für alle Gutgläubigen: Die zu gründende Gesamthochschule soll eine Hochschule "eigener Art" werden, Forschung gehört nicht zu den Dienstaufgaben der Fachhochschulprofessoren, keine Verlagerung der Standorte



Ruxtehude und Suderburg nach Lüneburg. Die Erklärungen von Ministerpräsident Albrecht und Wissenschaftsminister Pestel, Hochschulplanung nicht gegen den Willen der Betroffenen durchzuführen, haben sich damit als "liberale Schaumschlägerei" erwiesen. In Wirklichkeit wird in eiskalter Manier konservative Hochschulpolitik zulasten des Modellversuchs einer Gesamthochschule betrieben.

Mittlerweile hat sich der Ausbausschuß des Wissenschaftsrates in mehreren Sitzungen mit der Lüneburger Planung beschäftigt und gegen neue und teure technisch-naturwissenschaftliche Studiengänge votiert, ja sogar insgesamt Skepsis hinsichtlich eines weiteren Hochschulausbaus in der Nordostregion geäußert. Am 23. Januar wird nun der Wissenschaftsrat in Köln eine Entscheidung pro oder contra das 180-Millionen-Projekt fällen. Sagen die Experten "Nein", werden zehn Jahre Planung trotz vieler ausgegebener Millionen zu den Akten gelegt.

Anfang 1980 hört man hinter den Kulissen von den Vorstellungen des Landeskabinetts für den gesamten Hochschulbau in Niedersachsen. Man rückt von der anvisierten Zielzahl von 65.500 flächenbezogenen Studienplätzen ab und peilt nur noch 80.000 Plätze für 1985 an. Damit würde man circa 200 Millionen DM an Hochschulbaumitteln einsparen; Hauptopfer soll Lüneburg sein.

Dieses unklare Verhalten irritiert offensichtlich auch den Wissenschaftsrat. Bis jetzt hat CDU-Minister Pestel den Experten auf Bundesebene noch kein klärendes Wort zu dem Widerspruch zwischen Reduzierung der Zielzahlen um 5.500 Plätze und den Ausbauwünschen in Lüneburg gesagt. Der berühmte Schwarze Peter soll offensichtlich dem Wissenschaftsrat zugeschoben werden. Nach außen will die CDU so tun, als ob sie die Gründung vorantreibe, in Wirklichkeit geschieht außer großen Worten nichts. Das von der FDP ins Koalitionsbett gelegte Gesamthochschulprojekt ist ungeliebt und soll durch fremde Hände den Todesstoß erhalten. Täuschung oder Selbsttäuschung der CDU-Landesregierung?

Ende November 1979 erörterte ich als Beauftragter der SPD-Landtagsfraktion die Vorstellungen meiner Fraktion mit Staatssekretär Dr. Hermann Granzow vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Sie erzielten Übereinstimmung in allen wichtigen Punkten: Der Nordosten Niedersachsens braucht ein ausgebautes Hochschulangebot; der von der CDU-Landesregierung vorgelegte Entwurf für das System von Studiengängen in Lüneburg muß aufgrund der Kritik des Wissenschaftsrates schnellstens überprüft werden; bei den geplanten Studiengängen sind die Schwerpunkte stärker auf neue Elemente zu legen, die die veränderten Anforderungen im Beschäftigungssystem besser berücksichtigen.

Von der in erster Linie zuständigen Landesregierung ist auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates bisher weder reagiert noch eine Planungsalternative vorgelegt worden.

Sollten am 23. Januar dem Wissenschaftsrat keine überzeugenden Ausbauvorstellungen für die Gesamthochschule Lüneburg vorgelegt werden, ist es nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion Zeit, daß Wissenschaftsminister Pestel den Hut nimmt.

(-/16.1.1980/ks/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

